

13**82**

Union in Deutschland

Bonn, den 22. April 1982

Die Mehrheit steht auf unserer Seite

„Wir treffen uns heute hier im Konrad-Adenauer-Haus zu einer Zeit, in der wir uns als Repräsentanten der CDU stärker denn je bewußt sein müssen, wie sehr sich die Hoffnungen der Bevölkerung auf uns, auf unsere Kraft und Fähigkeit richten, den Menschen die Sorgen von heute und die Angst vor der Zukunft zu nehmen“, erklärte Helmut Kohl am 21. April 1982 vor der Konferenz der Kreisvorsitzenden der CDU.

Nicht von ungefähr zeigen die Umfrageergebnisse ständig eine stabile absolute Mehrheit für die CDU/CSU bei 51 bis 53 Prozent. Und nicht von ungefähr befindet sich die SPD mit kaum mehr als 30 Prozent auf niedrigstem Niveau. Man muß schon weit bis in die Mitte der fünfziger Jahre zurückgehen, um ähnliche Zahlen bei der SPD zu finden. Die Sozialdemokraten entwickeln sich ständig zurück, während die Union — das haben auch die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen bewiesen — von den Bürgern als die einzige starke und verlässliche Kraft angesehen wird.

Die Erwartungen der Bürger stützen sich auf die tägliche Erfahrung mit der Union, die an die Stelle von

(Fortsetzung Seite 2)

ACHTEN SIE . . .

. . . bitte auf den nächsten UfD. In Nummer 14/82 erfahren Sie alle Einzelheiten und organisatorischen Vorbereitungen für die gemeinsame Großdemonstration für Frieden und Freiheit am

5. Juni in Bonn.

Die Demonstration, zu der über 100 000 Teilnehmer erwartet werden, hat in den CDU-Verbänden ein sehr positives Echo gefunden. Viele Sonderzüge und Busse — auch aus fernen Regionen der Bundesrepublik — sind bereits gebucht.

■ BUNDESAUSSCHUSS

Außen- und Friedenspolitik sollen im Mittelpunkt stehen Seite 3

■ SPD

Schmidt-Rede auf dem Parteitag hat keine neuen Perspektiven aufgezeigt Seite 5

■ MITTELSTAND

Wieder ein Klima schaffen, in dem sich Leistung entfalten kann Seite 13

■ DOKUMENTATION

Soll und Haben im Wohnungsbau grüner Teil

■ REGISTER

für die Nrn. 1—12/1982 gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Dauerreden, Parteiengezänk und linken Utopien die Tatkraft gesetzt hat. Die Menschen messen uns, der CDU, eine hohe Kompetenz zu, die weitgehend von der SPD/FDP-Koalition verursachten Fehler in der Entwicklung unseres Landes und unserer Gesellschaft zu beseitigen. Die Bürger halten die CDU/CSU auf fast allen Gebieten der Politik für weitaus fähiger, die Probleme zu lösen, als die SPD/FDP-Koalition.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist beispielsweise der Meinung,

- daß wir in der Friedenspolitik eine klare Position beziehen;
- daß wir das Problem der Arbeitslosigkeit besser lösen;
- daß wir wieder für Stabilität in der Wirtschaft sorgen;
- daß wir das Asylantenproblem lösen;
- daß wir die Staatsverschuldung abbauen;
- daß wir den Lebensstandard wieder heben.

Mit einem Wort, daß wir es eben besser können.

Darin steckt eine große Verpflichtung für uns alle, die breite Zustimmung zeigt, daß der klare Kurs der CDU/CSU akzeptiert wird. Dies ist zugleich eine klare Absage an eine Politik der Anpassung und des „Sowohl-Als-auch“ der SPD.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Beschimpfung der Union durch den Kanzler nur noch mittelebend. Sie ist nur ein Zeichen für seine Ausweichmanöver, um von seinem Nichtstun in den Regierungsgeschäften abzulenken. Ernstgenommen werden muß hingegen der erneute Versuch der SPD, die Ängste der Bevölkerung zu schüren statt sie zu beseitigen. Bundeskanzler Schmidt und die SPD werden die Verantwortung für diesen schamlosen Mißbrauch der Empfindungen der

Menschen zu tragen haben. Mit der Sehnsucht nach Frieden und Freiheit darf kein Schindluder getrieben werden.

Die CDU wird am 5. Juni mit einer machtvollen Großdemonstration in Bonn beweisen, daß Frieden und Freiheit für uns Grundpfeiler eines menschenwürdigen Daseins sind. Sie zu bewahren, im gemeinsamen Bündnis mit den Staaten der westlichen Welt, in Freundschaft mit den USA — das ist unser entschlossener Wille. Wir christlichen Demokraten als die stärkste politische Kraft unseres Landes werden der Welt am 5. Juni das Bild von Deutschland vermitteln, wie es wirklich ist. Denn wir wissen, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite ist.

Straßenräuber-Praxis

MdB Ottfried Hennig, Sprecher der ostpreußischen Landsmannschaft, hat die Straßenräuber-Praxis der DDR-Behörden angeprangert und dazu ein Beispiel geschildert: „Ein Ehepaar aus meinem Wahlkreis reiste zu Verwandten in die DDR. Die mitgebrachten Geschenke wurden in Formulare eingetragen. Die dafür zur Verfügung stehenden Spalten reichten allerdings für die Eintragungen von einem Paar gebrauchter, aus verschrotteten Wagen ausgebaute Sicherheitsgurte nicht aus, die in der DDR vorgeschrieben, aber nicht erhältlich sind. Wegen dieses ja nun wirklich sehr geringfügigen Vergehens wurde das Ehepaar mit einer Strafverfügung über 1 000 Mark belegt, natürlich in DM-West.“

Der höfliche Brief, den ich daraufhin mit der Bitte um Überprüfung an den Ständigen Vertreter der DDR in Bonn schrieb, blieb seit mehr als zwei Monaten ohne jede Antwort. Es ist offensichtlich mehr ein ständiger Vertreter zur Entgegennahme von Annehmlichkeiten wie Geld und auszuliefernden Spionen als ein Gesprächspartner für Probleme, die auch auf unserer Seite bestehen mögen.“

■ BUNDESAUSSCHUSS

Außen- und Friedenspolitik soll im Mittelpunkt stehen

Die politische Lage der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch unsicherer geworden, stellt Generalsekretär Heiner Geißler in einem Brief an die Mitglieder des CDU-Bundesausschusses zur Vorbereitung der Sitzung am 10. Mai in Berlin fest.

Wichtige Teile der Regierungsparteien SPD und FDP wenden sich in der Abrüstungspolitik einseitig gegen die Vereinigten Staaten und gegen die NATO und vertreten immer unverhüllt eine Politik des Neutralismus. Bundeskanzler und Bundesaußenminister sind nicht mehr in der Lage, in ihren Parteien eine klare Linie durchzusetzen. Sie sind verantwortlich für eine außenpolitische Orientierungskrise vieler Mitglieder und Wähler von SPD und FDP, die z. B. im Wiederaufleben der Ostermärsche ihren Ausdruck finden. Unseren Verbündeten wird so ein Bild vermittelt, das die wirklichen Gefühle des deutschen Volkes nicht widerspiegelt.

In dieser Situation erwarten sowohl unsere Mitbürger als auch unsere Verbündeten ein klares Wort der CDU. Wir wollen daher in der Sitzung des Bundesausschusses die Außenpolitik der Union in den Mittelpunkt der Diskussion und der Beschlußfassung stellen. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, deutlich zu machen,

1. daß es — im Interesse der Deutschen — keine Alternative zum westlichen Bündnis gibt und daß ein sogenannter „dritter Weg“ zwischen Ost und West ein Irrweg ist;

2. daß uns mit den Ländern der freien Welt, besonders aber mit den Vereinigten Staaten, nicht nur politische Interessen verbinden, sondern daß in erster Linie die gemeinsamen Überzeugungen von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie das Fundament unseres Bündnisses bilden und

3. daß wir zusammen mit unseren Bündnispartnern unbeirrt für die Aufgabe arbeiten, die wir auf dem Hamburger Parteitag als das wichtigste außenpolitische Ziel definiert haben: „Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.“

Ich möchte Sie in diesen Tagen, in denen viele über Frieden reden und für den Frieden demonstrieren, auffordern, die geistige Auseinandersetzung über den richtigen Weg, den Frieden zu sichern, nicht zu scheuen, sondern das Gespräch mit den Bürgern zu suchen. Wir haben die Mehrheit der Mitbürger auf unserer Seite. Als Demokraten dürfen wir nicht das Feld einer deutlichen Minderheit überlassen, sondern wir müssen bereit sein, für unsere Auffassung von Frieden und Freiheit auch öffentlich Zeugnis abzulegen. Wir werden in Berlin die geistigen und moralischen Fundamente unserer Außenpolitik herausstellen, die allen Mitbürgern, die sich die politischen Voraussetzungen unserer freiheitlichen Grundordnung nicht zerstören lassen wollen, die Grundlage bieten, an der Demonstration am 5. Juni 1982 in Bonn „Für Frieden und Freiheit“ teilzunehmen.

■ INFORMATION

Kiep endgültig nach Hamburg

Zu der Entscheidung von Walther Leisler Kiep, sein Bundestagsmandat niederzulegen, erklärte Helmut Kohl: Mit seiner Entscheidung leistet Walther Leisler Kiep den Hamburger Freunden und der CDU Deutschlands einen großen Dienst. Dieser in persönlicher Abstimmung mit mir gefaßte Entschluß unterstreicht die Entschlossenheit der CDU, ihre erfolgreiche Politik in den Großstädten und nach den Wahlen in Berlin und Niedersachsen auch in Hamburg fortzusetzen und den politischen Durchbruch zu erreichen.

So sehr die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Weggang ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bedauert, so sehr begrüßt sie die Bereitschaft von Walther Leisler Kiep, sich erneut unter Zurückstellung persönlicher Interessen ganz dem Ziel der CDU zu stellen, überall dort die politische Verantwortung zu übernehmen, wo eine in sich zerrissene und handlungsunfähige SPD ihre Regierungsunfähigkeit erwiesen hat. Die CDU geht in Hamburg mit großer Zuversicht in die Bürgerschaftswahl. (Siehe auch UiD, Seite 16, Zitate)

Gedenkfeier am 15. Todestag Adenauers

Helmut Kohl hat das politische Werk des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, gewürdigt, dessen Todestag sich am Montag zum 15. Male jährte. Aus diesem Anlaß fand in Rhöndorf bei Bonn eine Gedenkfeier statt, an der außer Helmut Kohl auch eine Reihe anderer Unionspolitiker teilnahmen. „Mit dem Namen des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland verbinden sich die

demokratische Neuordnung und der Wiederaufbau unseres Landes“, stellte Kohl fest. Adenauers Gedanken seien heute so aktuell wie damals, „den Frieden in Freiheit durch den Bau Europas, die westliche Allianz und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten zu sichern“. In einer Zeit, in der die Maßstäbe und Grundlagen der Innen- und Außenpolitik zunehmend in Frage gestellt würden, sei es notwendig, das Bekenntnis für das Bündnis, die Gemeinschaft und die Worte der westlichen Welt auch in aller Öffentlichkeit eindrucksvoll unter Beweis zu stellen.

„Unter Konrad Adenauer wurden die Grundlagen geschaffen, auf denen wir aufbauen können und an denen wir um unserer Zukunft willen festhalten müssen“, erklärte Kohl und verwies auf die am 5. Juni in Bonn geplante Demonstration der CDU, die in diesem Sinne zu einem „beeindruckenden Bekenntnis für Frieden und Freiheit“ werden solle.

Positive Mitgliederentwicklung

Nach der Bilanz des ersten Quartals 1982 bleibt festzuhalten: Die Aufwärtsentwicklung bei den Mitgliederzahlen der CDU hält an. Allein im Monat März betrug der Zuwachs 1 600 Mitglieder, so daß die Volkspartei CDU jetzt insgesamt 707 184 Mitglieder hat. Es ist davon auszugehen, daß der Zuwachs von rund 16 000 im Jahre 1981 auch 1982 erreicht, wenn nicht gar übertroffen wird. Die größten Zuwachsraten im März verzeichneten die CDU-Landesverbände Schleswig-Holstein, Rheinland und Niedersachsen. Rechnet man die Mitglieder der Schwesterpartei CSU sowie die Mitglieder in den Vereinigungen hinzu, erreicht die Union weit über eine Million Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und liegt damit weit vor der SPD, die nicht nur große Wahl-, sondern auch große Mitgliederverluste zu verzeichnen hat.

■ SPD-PARTEITAG

Schmidt-Rede hat keine neuen Perspektiven aufgezeigt

Die Parteitage von Helmut Schmidt hat zur Überwindung der inneren Zerrissenheit der SPD nichts beigetragen, erklärte Helmut Kohl. Er hat deutlich gemacht, daß er vom politischen Kurs Willy Brandts nichts hält. Zwar räumte Bundeskanzler Schmidt ein, daß er Fehler gemacht habe. Aber er zog keine Konsequenzen daraus.

Sein einziger Beitrag zur Verständigung über alle Parteiflügel hinweg bestand in der Darstellung eines grotesken Feindbildes von der Union. Es ist um so grotesker, als die Union heute die Zustimmung von über 50 Prozent der Bevölkerung, die SPD aber nur noch von knapp über 30 Prozent findet. Bundeskanzler Schmidt geht es nicht mehr um die SPD, sondern allein um den Machterhalt. Er hat weder für die SPD noch für die deutsche Politik der 80er Jahre neue Perspektiven aufgezeigt. Damit hat er erneut bewiesen, daß er als Bundeskanzler und die SPD/FDP-Koalition ihren Anspruch auf die politische Führung verloren haben. Weder Willy Brandt noch Helmut Schmidt waren in der Lage, mit ihren groß angekündigten Grundsatzreden die Agonie der sich seit der Wahl 1980 von Krise zu Krise hinschleppenden SPD und SPD/FDP-Koalition zu beenden.

Helmut Schmidts Politik ist in der SPD nicht mehr mehrheitsfähig. Der Initiativantrag zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beweist, daß jeder Appell zur Besinnung auf das wirtschaftspolitisch

Machbare in großen Teilen der SPD kein Gehör mehr findet.

Was sich in Brandts Rede bereits ankündigte, hat in der Rede von Schmidt Bestätigung gefunden: Die SPD ist zu einem neuen Aufbruch nicht fähig. Die heftigen Flügelkämpfe innerhalb der SPD werden sich auch nach diesem Parteitag fortsetzen. Sie kann sich auf keine gemeinsamen Positionen mehr einigen. Das wird sich weiterhin lähmend auf die Regierungsfähigkeit und Entscheidungsfähigkeit des Bundeskanzlers und der SPD/FDP-Koalition auswirken.

Heiner Geißler: Dreifache Krise der SPD

Der Parteitag der SPD in München steht im Zeichen einer dreifachen Krise der SPD: als Arbeitnehmerpartei, als Volkspartei und als verlässlicher Partner in der atlantischen Allianz, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest. Zerstritten in „rechts“ und „links“ ist sie nicht mehr fähig, zur Lösung der Probleme der achtziger Jahre einen Beitrag zu leisten.

1. Die SPD hat als Regierungspartei ihre Glaubwürdigkeit als soziale Arbeitnehmerpartei weitgehend verloren.

Nach einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Anteil der Arbeiter, die CDU wählen, von 1978 bis 1981 von 35% auf 45% gestiegen, während der Anteil der SPD-Wähler von 58% auf 45% gefallen ist. Bei den Arbeitnehmern insgesamt, also Arbeiter, Ange-

stellte und Beamte zusammengekommen, liegt der Anteil der SPD inzwischen bei 35%. Die Gründe liegen auf der Hand. Es gab noch nie eine Zeit in der Nachkriegsgeschichte, in der die Arbeitnehmer und sozial Schwachen so benachteiligt wurden wie in den vergangenen 12 Jahren unter einer von der SPD geführten Bundesregierung. Anstatt die Chancen der Arbeitnehmer, der Familien mit Kindern, der Frauen, der Rentner und der sozial Schwachen zu erhöhen — so wie die SPD in ihren Programmen immer wieder verkündet — hat ihre praktische Politik genau das Gegenteil bewirkt. SPD-Politik des vergangenen Jahrzehnts ist ein Weg in Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, explodierende Abgabenbelastung und reale Einkommensverluste, Wachstumsstillstand und tiefe Eingriffe in das soziale Netz.

Im einzelnen sind unter Verantwortung der SPD über 80 soziale Vorschriften mit dem Ziel geändert worden, Sozialleistungen zu beseitigen, zu beschränken oder zu kürzen. Familien mit Kindern und Rentner werden von dieser Politik vor allem benachteiligt.

Diese Entwicklung hängt vor allem auch damit zusammen, daß sich innerhalb der Bundesregierung wirtschafts- und sozialpolitisch vor allem die FDP, obwohl der wesentlich kleinere Koalitionspartner, durchgesetzt hat. Wenn die SPD ihre sozialpolitische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, muß sie sich aus der sozialpolitischen Vormundschaft der Freien Demokraten befreien. Dies würde allerdings das Ende der Koalition bedeuten. Die SPD steht daher während ihres Parteitages auch vor der Entscheidung, ob sie sozialpolitische Kompetenz und den Charakter einer sozialen Partei zurückgewinnen oder ob sie mit Hilfe der Freien Demokraten und unter Verlust ihres sozialen Gewissens an der Regierung bleiben will.

2. Die Krise der SPD als Volkspartei hat ihre Ursache vor allem darin, daß die SPD inzwischen in drei Flügeln zerfallen ist, die unheilbar miteinander zerstritten sind.

Die SPD besteht heute aus drei Fraktionen, nämlich dem sogenannten Gewerkschaftsflügel, den Neomarxismus der APO-Generation unter Führung der Jungsozialisten und den „Grünen“ unter Führung von Erhard Eppler. Die SPD wird nur dann ihren Charakter als Volkspartei wiedergewinnen, wenn sie ein klares und unmißverständliches Nein sagt zu der radikalen Alternative Erhard Epplers, der wirtschaftliches Wachstum und Erhaltung der natürlichen Umwelt als heute grundsätzlich unvereinbar betrachtet und wenn die SPD gleichzeitig auch den Neomarxismus eine Absage erteilt, die in Wirtschaft und Gesellschaft Klassenkampf statt Partnerschaft wollen.

Eine Politik, die sich als unfähig erweist, die Interessen des Umweltschutzes mit der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen, zu verbinden, richtet sich gegen die Arbeitnehmer und gegen die Gewerkschaften. Der Streit über die Frage, ob die SPD sich für die Ideen der Grünen und Alternativen nicht nur öffnen, sondern diese auch übernehmen soll, hat zu einer schweren innerparteilichen Belastungsprobe geführt. Der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsflügel in der SPD hat im Grunde genommen diese Auseinandersetzung heute schon verloren. Der Widerstand der SPD gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie ist nur eines von vielen Beispielen dafür.

3. Die dritte Krise der SPD ist in ihrer außenpolitischen Zerrissenheit begründet.

Der Flügel der Atlantiker, der zu der von Helmut Schmidt verfolgten Politik der Sicherung der äußeren Freiheit durch Integration in die NATO steht, bröckelt immer mehr ab. Einfluß gewinnen zunehmend die

Politiker, die aus der Atlantischen Allianz hinausdrängen, die übernommene Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht erfüllen wollen und einen dritten Weg für die Bundesrepublik Deutschland, den Neutralismus, anstreben. Der Versuch, eine Politik im Niemandsland zwischen Ost und West durchzusetzen, wird in absehbarer Zeit zu einer Krise der Atlantischen Allianz führen und gefährdet damit die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Diese krisenhaften Zuspitzungen spiegeln sich in den dem Parteitag vorliegenden Anträgen wider.

Der Leitantrag zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, den der SPD-Vorstand beschlossen hat, umschreibt zwar die wirtschaftspolitischen Felder, in denen mehr Investitionen notwendig sind, verfehlt aber die eigentliche Ursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit, nämlich die zu hohe Kostenbelastung der deutschen Unternehmen vor allem durch Zinsen und Steuern. Völlig verfehlt fordert der SPD-Vorstand weitere Steuererhöhungen, weitere Kreditaufnahmen und eine Arbeitsmarktabgabe aller Berufstätigen.

Die mangelnde Fähigkeit der Sozialdemokraten, volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, beweist die von der SPD aufgestellte Behauptung, daß die ökonomischen Grenzen für weitere Kreditaufnahmen noch nicht erreicht seien. Wer, wie die Sozialdemokraten, einer weiteren Erhöhung der staatlichen Kreditaufnahmen das Wort redet, treibt die Zinsen in die Höhe, heizt die Inflation an und produziert daher mittelfristig zusätzliche Arbeitslosigkeit.

Gefährlich ist die Forderung nach einer „stärkeren Ausrichtung der Politik der Bundesbank an den Erfordernissen einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik“. Hier soll wegen kurzfristiger Strohfeuer-Erfolge auf dem Arbeitsmarkt die Inflation angeheizt werden.

Sichtbar dokumentiert wird die Zerstrittenheit der SPD in den wirtschaftspolitischen Grundfragen auch dadurch, daß nicht einmal das Minimalkonzept des Bundesvorstandes konsensfähig erscheint. Linksorientierte Sozialdemokraten in der SPD, die im sogenannten „Frankfurter Kreis“ organisiert sind, haben in einem Initiativantrag folgende Forderungen erhoben:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 56 % auf 60 %,
- Verschärfung der Bodenwertzuwachsbesteuerung,
- befristete Ergänzungsabgabe von 5 %,
- eine Luxussteuer,
- Streichung von zahlreichen Steuervergünstigungen,
- Verlagerung der Kosten für die Arbeitslosenunterstützung allein auf die Unternehmer.

Die SPD kann keine überzeugenden Beiträge zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise in unserem Lande erbringen, zumal die Vorschläge, wie immer sie letztlich aussehen werden, durch die Regierung nicht verwirklicht werden können. Insofern kommt dem Parteitag lediglich eine Alibifunktion zu.

In der Außen- und Sicherheitspolitik setzt die SPD ihren Weg in den Neutralismus fort. Bereits die Forderung im Leitantrag des Parteivorstandes, es dürfe keine Stationierung nuklearer Waffensysteme auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung zu den vorliegenden Verhandlungsergebnissen festgelegt hat, läuft letztlich auf eine Absage des NATO-Doppelbeschlusses hinaus und unterminiert damit die Position des Westens in Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion. Zahlreiche Gegenanträge von Parteigliederungen zielen auf den Kern der gemeinsamen Politik des Atlantischen Bündnisses.

■ FRAU HUBER

Hilflos und erfolglos in ihrem Amt

Zum Rücktritt der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion, MdB Hermann Kroll-Schlüter:

Frau Huber als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit war glücklos und erfolglos und dies aus mehreren Gründen:

1. In der Jugendpolitik war sie nicht sachkundig genug. Bestimmt wurde ihr jugendpolitischer Kurs in der SPD-Baracke. Das konnte nicht gehen. Obgleich die Bundesregierung verpflichtet ist, in jeder Legislaturperiode einen Jugendbericht vorzulegen, wurde jetzt zusätzlich eine Jugend-Enquete-Kommission eingesetzt — auch auf Antrag der SPD. Damit wurde gleichzeitig verdeutlicht, daß die Jugendberichte nutzlos waren. In der Tat konnten aus ihnen keine politischen Konsequenzen gezogen werden, weil sie ideologisch betrachtet und in der Sicht der jungen Generation höchst problematisch waren. Mit ihnen wurde seit Jahren die junge Generation problematisiert. Positives wurde über sie selten gesagt.

2. In der Familienpolitik war Frau Huber engagiert — und ebenfalls erfolglos. Sie fand überhaupt keine Unterstützung im Kabinett. Der Kanzler ließ sie allein. Er hat sowieso keine Sympathie für dieses Ministerium gezeigt. Die große umfassende Jugendhilfeform konnte mit diesem Bundeskanzler nicht durchgesetzt werden.

Das Kindergeld wurde gekürzt, die Familie problematisiert, Tagesmüttermodelle mit viel Geld finanziert. Wer erinnert sich nicht an den berühmten 2. Familienbericht, in dem die Familie als Sozialisationsagentur bezeichnet wurde?

Weitere Hilfen können die Familien von dieser Bundesregierung nicht erwarten. Und was würde erst passieren, wenn die Ziele des berühmten Frauenreferates im Ministerium, das ja Frau Huber eingerichtet hat, zum Durchbruch kämen? In der Sicht dieses Referates zählt nicht so sehr die erziehende und liebende Mutter, sondern die unter allen Umständen berufstätige und damit die emanzipierte Frau.

3. Frau Huber hatte bei ihren engsten Mitarbeitern keine kraftvolle Unterstützung. Staatssekretär Wolter mußte gehen, die anderen gingen ihren eigenen Weg.

4. Dieses Ministerium und damit auch sein Amtsinhaber leiden unter der unglücklichen Aufteilung der Gesundheitspolitik. Diese sollte wichtig genug sein, um in einem eigenen Ministerium angesiedelt zu werden.

Frau Minister Huber hat konsequent gehandelt. Sie hätte es schon früher tun sollen, spätestens zu dem Zeitpunkt, als das Kindergeld gekürzt wurde. Eigentlich hätte sie schon zurücktreten sollen, als das Kanzleramt die Meinung vertrat: „Das BMJFG befindet sich in der Rangliste der Bundesressorts unter den Schlußlichtern, obwohl es ein Ressort mit bedeutenden, nicht von Mischfinanzierungen lebenden Aufgaben ist und obwohl es mit rund 19 Mrd. Mark über den viertgrößten Ressorthaushalt verfügt. Das negative Ressortimage ist vor allem durch umstrittene Berichte, durch unglückliche Veröffentlichungen, durch perfektionistische, kostenblinde, zum Teil auch soziologisch überfrachtete Gesetzgebungsvorhaben, durch Hilfslosigkeit gegenüber den Problemen der Jugend entstanden.“

■ KOALITION

32 753 Mitglieder verließen die Sozialdemokraten

Der Mitgliederrückgang in der SPD ist noch stärker als bisher angenommen. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz teilte auf dem Bundeskongreß seiner Partei in München mit, „per saldo“ habe es im vorigen Jahr einen Rückgang um 32 753 oder 3,3 Prozent auf nunmehr 954 119 Mitglieder gegeben. Der Mitgliederrückgang sei in allen SPD-Landesorganisationen zu verzeichnen, trete am ausgeprägtesten in den Stadtstaaten auf und betreffe durchweg so gut wie alle Bezirke. Der Bundesgeschäftsführer Glotz bilanzierte weiter, von den neun Prozent der Wahlbevölkerung, die seit 1980 von der SPD „abgewandert“ seien, hätten sich fünf Prozent der CDU zugewandt, zwei Prozent seien zu den Grünen gegangen und ebenfalls zwei Prozent zur FDP.

Union sieht sich durch Burns bestätigt

Die CDU/CSU sieht sich in ihrer Kritik an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung durch die Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Bonn, Arthur F. Burns, vor dem auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses in Washington voll bestätigt, erklärte MdB Hans Graf Hyn. „Es sind exakt die Vorwürfe, die auch die Union gegen die Regierung Schmidt/Genscher erhebt.“ Die Bundesregierung erfülle trotz gegebener Zusagen nicht ihre Verteidigungspflichten, unterstütze linksradikale Guerilleros in El Salvador sowie das undemokratische Regime in Nicaragua und verhindere durch öffentlich gestützte Kredite wirksame gemeinsame Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Moskau.

Burns hatte am 5. April vor dem Ausschuß u. a. erklärt, daß es nach amerikanischer Ansicht klug wäre, wenn die Deutschen sorgfältiger die Schwierigkeiten berücksichtigten würden, denen sich die USA bei der Wahrnehmung ihrer Führungsrolle in der Allianz und bei Aktionen in anderen Teilen der Welt gegenübersehen.

Moskau hat viermal mehr Mittelstreckenraketen

Die Sowjetunion verfügt gegenüber dem Nordatlantischen Bündnis bei den Mittelstreckenraketen in Europa über einen Vorsprung von vier zu eins. Wie in Brüssel aus informierten NATO-Kreisen verlautete, ist dies der Inhalt einer Studie, die u. a. besagt, daß die UdSSR über schätzungsweise 3080 atomare Mittelstreckenraketen und Atombomber verfügt, während die NATO dem in Europa nur rund 800 vergleichbare Waffen entgegensetzen hat. Die NATO-Studie ist das Ergebnis neunmonatiger Arbeit und ist nach dem Urteil von Beobachtern der erste größere Versuch in der 33jährigen Geschichte des westlichen Bündnisses, einen detaillierten Kräftevergleich zwischen Ost und West in Europa anzustellen.

Bundeswehr bezog Uniformteile aus Ostblockländern

Die Bundeswehr hat nach Angaben des CDU-Abgeordneten Lutz Stavenhagen Teile von Uniformen für ihre Soldaten in Ostblockländern fertigen zu lassen. So seien Diensthemden aus Polen, Arbeitsanzüge und Mäntel aus Jugoslawien und Monteuranzüge aus Ungarn gekauft worden. Neben Lieferländern, die der NATO angehören, wie die Türkei, Griechenland, Frankreich und Italien, enthalte die Lieferantenliste auch Billiglohnländer wie Hongkong, Pakistan, Indien, Thailand und Tunesien.

Im Jahre 1980 hat nach Mitteilung Stavenhagens die Bundeswehr Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für rund 237 Millionen Mark beschafft. Fast ein Viertel dieser Aufträge sei ins Ausland geflossen, genau 57,6 Millionen Mark oder 24 Prozent überwiegend in Form von Unteraufträgen. Dadurch seien nicht deutsche Arbeitsplätze gesichert, sondern ausländische subventioniert worden. Stavenhagen erwartet vom Verteidigungsministerium, daß wieder ein höherer Anteil von Textilien für die deutschen Streitkräfte im Inland beschafft wird. Dies müsse im Interesse der deutschen Arbeitnehmer und der Sicherung ihrer Arbeitsplätze geschehen.

Medienpolitisches Doppelspiel funktioniert nicht mehr

Zu der Ankündigung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, sich nicht mehr an der Finanzierung der Pilotprojekte für das Kabelfernsehen zu beteiligen, erklärt der medienpolitische Sprecher der CDU, MdB Christian Schwarz-Schilling: Mit Börners Entscheidung wird die Verwirrung, die innerhalb der SPD im Zusammenhang mit der Einführung neuer Medien herrscht, noch größer. Offensichtlich weiß in dieser Partei die rechte Hand nicht mehr was die linke tut. Das einst sorgfältig ausgeklügelte medienpolitische Doppelspiel funktioniert nicht mehr. Um sich die eigenen Privilegien in einer verkrusteten Medienlandschaft zu erhalten, hatte die SPD einerseits generell die Kabelversuchsprojekte befürwortet, um sie andererseits vor Ort zu torpedieren. Diese Blockadepolitik hat der SPD nichts gebracht, mehr noch: Sie hat sie auch auf diesem Gebiet von den Interessen der Bürger entfernt. Schließlich ist nach neuesten Umfrageergebnissen die Hälfte der Deutschen für die Einführung und Erprobung neuer Medien. Die Zahl der Befürworter wächst ständig.

Ehrenberg soll Schreibtisch räumen

Der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit werden angesichts des jetzt erwarteten Jahresdurchschnitts von 1,8 Millionen statt der zunächst angenommenen 1,6 Millionen Arbeitslosen nach Angaben des CDU-Abgeordneten Bernhard Friedmann rund 5,2 Milliarden Mark fehlen. Dafür sei bisher im Bundeshaushalt kein Pfennig vorgesehen, erklärte Friedmann, stellvertretender Vorsitzender im Prüfungsausschuß. Er erinnerte daran, daß er auf diese Entwicklung bereits während der Haushaltsdebatte im Januar hingewiesen habe. Dagegen habe Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg (SPD) behauptet, die für die Bundesanstalt vorgesehenen Bundeszuschüsse von 3,5 Milliarden Mark reichten aus. „Er war davon so überzeugt, daß er schon im Dezember 1981 erklärte, er werde zurücktreten, wenn sich meine Berechnungen als richtig erweisen sollten“, betonte Friedmann. An der Höhe des Zuschußdefizits sei mittlerweile nicht mehr zu zweifeln, meinte er und fügte hinzu, „Minister Ehrenberg sollte deshalb beginnen, seinen Schreibtisch zu räumen“.

Zu viele Studierende in der SPD

Der SPD-Politiker und frühere Bundesminister Georg Leber hat beklagt, daß die SPD mehr und mehr zu einer Partei werde, in der es ein Arbeiter schwer habe, seine Auffassungen zur Geltung zu bringen. In einem Interview mit der „Quick“ sagte Leber: „Heute überwiegen die Studierenden in vielen Führungsgremien und brauchen die Arbeiter, damit sie gewählt werden.“ Gegen diese Veränderung kämpfe er mit vielen Freunden an und hoffe, „daß in der SPD bald noch mehr begreifen, wie schädlich diese Entwicklung für die Partei ist“.

■ KLEINGARTENGESETZ

Die Rechte der Kleingärtner müssen gewahrt bleiben

Die Rechte der Kleingärtner müssen gewahrt bleiben, erklärten der wohnungsbaupolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Friedrich-Adolf Jahn und der Berichterstatter für das Kleingartenrecht, MdB Theo Magin, zu dem von der Bundesregierung beschlossenen Kleingartengesetz.

Die Neuregelung des Kleingartenrechts ist seit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1979 fällig. Nach mehr als zweieinhalb Jahren hat die Bundesregierung auf vielfaches Drängen hin endlich einen Entwurf vorgelegt, der diese in städtebaulicher Hinsicht und wegen des Erholungswertes von Kleingärten wichtige Materie regelt.

Mit dem Wegfall der behördlichen Kündigungsgenehmigung und dem Wegfall der Entschädigungspflicht in Land durch den Verpächter nach einer Kündigung sowie mit der — wenn auch geringen — Auflockerung beim Kündigungsschutz wird der Entwurf im wesentlichen den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Kriterien gerecht.

Den Interessen der Verpächter wird mehr als bisher Rechnung getragen; die berechtigten Interessen der Kleingärtner bleiben gewahrt.

Hinsichtlich der Pachtpreisgestaltung sind die Länder aufgerufen, die Stellen und das Verfahren zu bestimmen, die letztlich die Höhe des Pachtzinses regeln. Ob die gesetzlich vorgesehene Obergrenze eine sach- und interessengerechte Lösung

darstellt, wird sich erst mit dem Vollzug des Gesetzes durch die Länder feststellen lassen. Die Union wird im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens weiterhin dafür eintreten, daß die berechtigten Interessen der Kleingärtner gewahrt werden.

Bisherige Rechtslage

Das geltende Kleingartenrecht ist im wesentlichen durch folgende Grundsätze gekennzeichnet:

1. Pachtverträge sind grundsätzlich unkündbar,
2. sie können nur aus genau festgelegten Gründen aufgelöst werden,
3. im Falle der Kündigung hat der Verpächter grundsätzlich Entschädigung zu leisten und gegebenenfalls Ersatzland zur Verfügung zu stellen,
4. zeitlich befristete Verträge gelten als auf unbestimmte Zeit verlängert,
5. eine etwaige Kündigung bedarf grundsätzlich der behördlichen Genehmigung.

Gründe für eine Neuregelung

Das Bundesverfassungsgericht hat zum Regelungssystem des Kleingartenrechts durch Beschluß vom 12. Juni 1979 festgestellt:

„Regelungen, die in Kriegs- und Notzeiten gerechtfertigt sind, können unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen eine andere verfassungsrechtliche Beurteilung erfahren. In jedem Fall fordert die verfassungsrechtliche Gewährleistung die Erhaltung der Substanz des Eigentums und die

Beachtung des Gleichheitsgebots ... Diesen Grundsätzen entsprechen die zur Prüfung stehenden Vorschriften nicht. Die Kombination der ... Regelungselemente führt zu einer übermäßigen, mit der verfassungsrechtlichen Garantie des Eigentums nicht zu vereinbarenden Belastung des privaten Verpächters. Darüber hinaus widerspricht der Genehmigungsvorbehalt rechtsstaatlichen Anforderungen.“

Die beabsichtigte Neuregelung

Jegliche behördliche Kündigungsgenehmigung und

Entschädigungsleistungen durch den Verpächter in Land sind fortgefallen.

Im übrigen wird unterschieden zwischen Kleingärten, die als solche im Bebauungsplan ausgewiesen sind (Dauerkleingärten),

sonstige Kleingärten.

Zu 1:

a) Pachtverträge können nur auf unbestimmte Zeit geschlossen werden. Zeitlich befristete Verträge gelten als auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Diese Regelungen entsprechen dem alten Recht.

b) Eine Kündigung ist aus sieben, im einzelnen aufgeführten Gründen möglich (z. B. beharrliche Vertragsverletzungen von einigem Gewicht wie sachfremde Nutzung, Zahlungsverzug des Pachtzinses usw.). Neu aufgenommen und damit auf der Linie des Bundesverfassungsgerichts ist die Zulässigkeit der Kündigung wegen Eigenbedarfs.

c) Im Fall der Kündigung hat der Verpächter eine Kündigungsentschädigung zu leisten. Die Entschädigung erfolgt in Geld und stellt einen Ausgleich für vom Pächter eingebrachte Anlagen, Pflanzungen usw. dar. Die Regelung gilt für jede Kündigung.

Die Bereitstellung von Ersatzland trifft in besonderen Fällen (z. B. Änderung des Bebauungsplanes) nur noch die Gemein-

den bzw. den Bedarfsträger, nicht aber mehr den privaten Eigentümer.

d) Der Pachtzins wurde bisher behördlich festgesetzt nach Maßgabe des Ertragswertes. Das bedeutet heute etwa 0,10 DM pro Quadratmeter im Jahr.

Künftig sollen die Landesregierungen ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung das Nähere über die Höhe des Pachtzinses und des Zuschlages zu regeln. Gesetzlich festgelegt ist hierzu: die Höhe ist begrenzt durch das Doppelte des ortsüblichen Pachtzinses für den erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau, zuzüglich eines Zuschlages für vom Verpächter geleistete Aufwendungen.

Zu 2: Sonstige Kleingärten

Bei Kleingärten, die im Bebauungsplan nicht als solche ausgewiesen sind, sind befristete Verträge möglich. Vorzeitige Kündigung mit den entsprechenden Folgen ist aus den genannten Gründen möglich, jedoch mit Ausnahme der Eigenbedarfskündigung. Eine Beendigung mit Zeitablauf hat keine Kündigungsentschädigung zur Folge. Auf sonstige Kleingärten, die auf unbestimmte Zeit verpachtet sind, finden die Vorschriften über Dauerkleingärten Anwendung. Allerdings ist hier eine Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen bei Drohung erheblicher Nachteile möglich. Für diesen Fall ist eine Kündigungsentschädigung vorgesehen.

Überleitungsbestimmungen

Bei sonstigen Kleingärten, die im Privateigentum stehen, enden die Verträge zum 31. Dezember 1988, wenn die Pachtzeit bis dahin abgelaufen ist, sonst bleibt es bei der vereinbarten Pachtzeit, es sei denn, der Kleingarten wird als Dauerkleingarten im Bebauungsplan ausgewiesen. Dann gelten die hierfür getroffenen Regelungen.

Ist die Gemeinde Eigentümer eines solchen Kleingartens, gelten die Verträge als auf unbestimmte Zeit verlängert.

■ MITTELSTANDSKONGRESS

Wieder ein Klima schaffen, in dem sich Leistung entfalten kann

Der 27. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 16./17. April in der Osnabrücker Stadthalle stand im Zeichen der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik. In einem Leitantrag, den 10 Osnabrücker Thesen, setzten sich die Mittelständler nachdrücklich für eine Neubelebung der Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft ein. Der Mittelstand fordere — so Gerhard Zeitel — kein großes Sofortprogramm, sondern ein wirtschafts- und sozialpolitisches Klima, in dem sich Leistung wieder entfalten könne.

Die 500 Delegierten hatten sich eine anspruchsvolle Tagesordnung gegeben. In drei Arbeitskreisen wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

1. Arbeitsmarktpolitik: Wege und Irrwege.
2. Wer schafft und finanziert die Arbeitsplätze?
3. Sozialpolitik bei leeren Kassen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion mit der jungen Generation unter dem Motto „Selbständigkeit als alternative Chance für junge Menschen“. Großen Beifall erhielt zu Beginn des Kongresses der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, als er Mittelstand und Arbeitnehmererschaft aufforderte, enger zusammenzurücken.

Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Gerhard Zeitel, betonte, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht konjunktureller, sondern struk-

tureller Art. Den Weg der Steuererhöhung könne der Staat nicht mehr weitergehen, ohne daß die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und der Wirtschaft geschmälert würden.

Was sich SPD und FDP in den letzten 18 Monaten an Kapriolen und Hintertreppchenpolitik geleistet hätten, spräche allen Erwartungen der Bürger Hohn, erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser. Täglich werde der Bürger mit neuen Schreckenszahlen konfrontiert, die einen Tag später schon wieder überholt und dann noch düsterer sind. In wichtigen politischen Fragen sei diese Koalition nicht mehr handlungsfähig. Den Bürgern müsse deutlich gemacht werden, daß nur die Union in der Lage sei, mutige Entscheidungen zu treffen. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bewertete Hauser als „Verhöhnung der Fleißigen in unserem Lande“. „Wer soll eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit vollem Rentenausgleich und eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bezahlen“, fragte er.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Gerhard Stoltenberg warf den Regierungsparteien schwere Versäumnisse vor. Die andauernde Konfusion in der Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik erweise sich immer mehr als das eigentliche Hindernis für die Wiederbelebung der Wirtschaft und den Abbau der Arbeitslosigkeit; daran ändere auch das neue Beschäftigungsprogramm nichts.

Die Osnabrücker Thesen

In den Osnabrücker Thesen heißt es u. a.: Die Mittelstandsvereinigung schlägt eine neue zukunftsweisende wirtschaftspolitische Strategie für die Bundesrepublik Deutschland vor, die Grundlage für die Regierungspolitik der CDU/CSU sein soll. Im Geiste Ludwig Erhards wird die CDU/CSU entschieden den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft steuern. Die Förderung von Wachstum und Stabilität wird vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

— Leistung und Leistungswille sollen wieder belohnt werden.

— Eigenverantwortung und Subsidiarität müssen wieder Vorrang erhalten.

— Ethische, moralisch-sittliche und geistige Werte müssen wieder allgemeinverbindliche Grundwerte sein.

— Der tüchtige, risikobereite, wagemutige Bürger soll seine Chance wahrnehmen und für sich und die Gesellschaft nutzen können.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU wird

— die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmer durch vielfältige Maßnahmen stärken,

— die Gründung neuer Existenzen — möglichst vieler kleiner und mittlerer Betriebe — fördern,

— private Investitionen und die Eigenkapitalbildung anreizen,

— öffentliche Investitionen am Gemeinwohl orientieren,

— Erfindergeist und technischen Fortschritt belohnen,

— die Schul- und Berufsausbildung wieder stärker am technischen und naturwissenschaftlichen Fortschritt ausrichten,

— jungen Menschen die Tätigkeit auf den Märkten der Welt für deutsche Unternehmen finanziell interessant machen,

— die Freude an Leistung, Eigeninitiative und Wagemut belohnen,

— die Eigentums- und Vermögensbildung auch in Arbeitnehmerhand erneut beleben und für

— ein stetiges, reales Wachstum bei stabilem Geldwert sorgen.

Die Mittelstandsvereinigung stellt hierzu folgende Grundsätze auf in Übereinstimmung mit den Sparbeschlüssen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. September 1981:

1. Gesundung der Staatsfinanzen.

Durch drastische Senkung der Verbrauchsausgaben (konsumtiven Ausgaben), Durchforstung der Leistungsgesetze und Subventionen auf ihre Effektivität und Beschneidung von Wildwuchs und Mißbräuchen, nachhaltiger Abbau der Schulden und damit Schaffung der wesentlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Senkung des Zinsniveaus.

2. Umgestaltung des Steuersystems zur verstetigten Förderung von Wachstum und Leistung. Hierzu gehören insbesondere

— Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs mit erheblicher Abflachung des Progressionsanstiegs und damit Abbau der heimlichen Steuererhöhungen,

— Schaffung der Proportionalbesteuerung für Überstundenentgelte,

— Einführung einer steuerfreien Rücklage bis zu 100 000 DM pro Jahr für 5 Jahre (muß noch beschlossen werden),

— Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten (z. B. der Sofortabschreibungen, Abschreibung auf Wiederbeschaffungspreise usw.),

— Belastungsminderung bei den ertragsunabhängigen Steuern (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Gewerbesteuer),

— Abbau der Ungleichbehandlung bei der Altersvorsorge für Selbständige.

KOMMUNEN

Den Gemeinden droht der finanzielle Zusammenbruch

Nach dem schwierigen Jahr 1981 und den wachsenden Erschwernissen 1982 droht 1983 bei vielen kommunalen Haushalten der finanzielle Zusammenbruch, wenn Bund und Länder nicht rechtzeitig in den kommenden Monaten Entscheidungen zur Entlastung der kommunalen Haushalte vornehmen, die derzeit in den Gemeinden für 1983 vorbereitet werden.

Die Gemeindehaushalte sind jetzt einer dreifachen finanziellen Beeinträchtigung ausgesetzt: sinkenden Steuereinnahmen, reduzierten Finanzzuweisungen der Länder und steigenden Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich. Trotz aller Bemühungen des Bundesrates und des Vermittlungsausschusses bei der sogenannten Operation '82 machen sich verstärkt wachsende Lasten bei den Sozialausgaben der Gemeinden bemerkbar, insbesondere durch die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, stellt MdB Horst Waffenschmidt fest.

Notwendig ist jetzt ein Sofortprogramm mit folgenden Elementen:

- Entlastung der Gemeindehaushalte, zum Beispiel bei gesetzlichen Auflagen, insbesondere bei Ausbau- und Versorgungsstandards, die in den letzten Jahren übertrieben wurden, und weitere Überprüfung der Leistungsgesetze und Subventionen, die die Gemeindehaushalte belasten. Die Kommunalen Spitzenverbände haben umfangreiche Vorschläge dafür unterbreitet.

- Keine neuen Ausgabenlasten durch Bundes- oder Landesgesetze zu Lasten der Gemeinden.

- Höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen für die Länder, damit sie die kommunale Finanzausstattung verbessern können.

Der Bund hat in den letzten Jahren zu viele Belastungen in die Gemeindehaushalte geschoben. Zehn Milliarden Mark Finanzierungsdefizit, 100 Milliarden Mark Schulden, 20 Milliarden Mark Sozialausgaben, fünf Milliarden Mark weniger Investitionen, das sind Eckdaten der kommunalen Haushaltswirtschaft 1982. Noch kritischer wird es 1983. Neue Erhöhungen kommunaler Steuern und Abgaben wären bei der gesamtwirtschaftlichen Lage kein Ausweg aus der Krise.

Zu der Kanzlerschelte an Ländern und Gemeinden wegen der unbefriedigenden Entwicklung der öffentlichen Investitionen erklärt MdB Michael Glos:

- Die andauernde Wirtschaftsmisere hat auch die Steuerkraft von Ländern und Gemeinden nachhaltig beeinträchtigt; die letzte Steuerschätzung hat Ländern und Gemeinden ein Steuerloch von rund sieben Milliarden allein in 1983 vorausgesagt.

- Der Bund hat sich vor allem in den letzten beiden Jahren auf Kosten anderer öffentlicher Aufgabenträger, nicht zuletzt der Länder und Gemeinden, zu sanieren versucht; so sind beispielsweise die Investitionsmittel des Bundes an Länder und Gemeinden 1980 um mehrere Milliarden reduziert worden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Kieps positives Beispiel

Walther Leisler Kiep hat sein Herz über die Hürde geworfen. Er riskiert in Hamburg den vollen Einsatz und gibt sein Bundestagsmandat auf. Die Wähler, so heißt es, erwarten heute solch einen „Sprung ohne Netz“. Springt Kiep zu kurz, so landet er in der Hamburger Bürgerschaft als Oppositionsführer. Das ist nicht sonderlich attraktiv, zumal dann nicht, wenn man es im Bundestag schon zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gebracht hat. Kein Wunder also, wenn solcher Wagemut in der eigenen Partei stauende Anerkennung findet.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. April 1982

Zweierlei mag für diesen Entschluß ausschlaggebend sein: Unter den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden wäre Kiep lieber für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig gewesen. Doch Kohl hat den Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzfachmann nicht an die Außenpolitik herangelassen. Zum anderen suggerieren die Demoskopen in Hamburg ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD. Der Sieg ist sozusagen in Griffweite. Sollte er knapp verfehlt

werden, ist Kiep ohnehin der Mann, der den größten Hamburger Unionserfolg aller Zeiten erzielen werden.

Neue Osnabrücker Zeitung, 20. April 1982

Kiep schwebt eine gewandelte, betont hanseatische CDU mit entsprechendem Eigenprofil vor. Das alte Image der Partei soll gründlich überholt, soll nicht nur vorübergehend aufpoliert, sondern erneuert werden. Das ist allerdings nicht von heute auf morgen und vor allem nicht in einem einzigen Wahlkampf zu erreichen. Deshalb muß Kieps Strategie auf weite Sicht angelegt sein. Und deshalb will er unbedingt in Hamburg bleiben, nicht einmal in Bonn Minister werden.

Frankfurter Neue Presse, 20. April 1982

Dieser Schritt hat sicher eine strategische Komponente; denn er signalisiert eine starke persönliche Siegeszuversicht, die ihre Ausstrahlung in der Öffentlichkeit nicht verfehlen wird. Ohne Zweifel eine Trumpfkarte im Wahlkampf an der Elbe. Aber darüber hinaus hat Leisler Kiep mit seinem Votum für Hamburg der Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems einen wertvollen Dienst geleistet; ist es doch bisher eher üblich, daß die Star-Kandidaten der Parteien vor allem als Durchreisende in der Provinz aktiv sind und wieder nach Bonn entweichen, wenn das Wahlziel nicht erreicht und keine Regierungsposten zu besetzen sind.

Frankfurter Rundschau, 20. April 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühthe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis jährlich** 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD